Deutscher Bundestag
3. Wahlperiode

Drucksache 2173

Schriftlicher Bericht

des Rechtsausschusses
(12. Ausschuß)

über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Aufhebung des Besatzungsrechts

— Drucksache 2052 —

A. Bericht der Abgeordneten Frau Dr. Schwarzhaupt

Im Anschluß an die vorangegangenen Gesetze zur Aufhebung des Besatzungsrechts hat die Bundesregierung den Entwurf eines Vierten Gesetzes vorgelegt, das die Reihe der allgemeinen Aufhebungsgesetze abschließen soll. Die Rechtsgrundlage für die Aufhebung des Besatzungsrechts bildet wieder Artikel 1 des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen.

Zu § 1

Absatz 1 wurde unverändert angenommen.

Zu Absatz 2 ist folgendes zu bemerken:

Durch die Streichung wird festgestellt, daß die in Artikel 5 des Gesetzes Nr. 63 der Alliierten Hohen Kommission genannten Kontrollratsvorschriften ihre Wirksamkeit verlieren, soweit sie sich auf deutsche Vermögenswerte in den in Absatz 2 des Entwurfs genannten Ländern beziehen. Sofern für das deutsche Vermögen durch völkerrechtliche Vereinbarungen oder durch innerstaatliche Vorschriften in den betreffenden Ländern bereits Regelungen für eine Freigabe getroffen worden sind, haben die erwähnten Kontrollratsvorschriften schon durch das Inkrafttreten dieser Regelungen ihre Wirksamkeit verloren. Dies wird durch § 4 des vorliegenden Entwurfs bestätigt.

Zur Anlage zu § 1

Der Bundesrat hatte in seiner Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf vorgeschlagen, in Abschnitt A Gesetz Nr. 5 der Alliierten Hohen Kommission mit dem Zusatz zu versehen: „soweit der Bund auf diesen Gebieten die Gesetzgebung hat". Der Rechtsausschuß hat diesem Zusatz zugestimmt, jedoch beschlossen, aus Gründen der Rechtsklarheit den Zusatz nicht in die zweite, sondern in die erste Spalte zu setzen.

Gegen den zweiten Vorschlag des Bundesrats, aus Abschnitt C I die Proklamation vom 6. Januar 1955 zu streichen, werden keine Bedenken erhoben.

Zu den §§ 2 bis 4

Diese Vorschriften wurden einschließlich der Anlage zu § 2 unverändert angenommen.

Zu § 5

Die Fassungen der durch § 5 bestätigten Steuergesetze wurden seit der Einbringung des Gesetzentwurfs teilweise geändert. Der Rechtsausschuß hat daher im Einvernehmen mit dem Finanzausschuß beschlossen, die neuesten Fassungen einzuarbeiten, so daß § 5 wie folgt geändert wird:

„Die Vorschriften des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Oktober 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 789), des Körperschaftsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. November 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 747) sowie des Steueränderungsgesetzes 1960 vom 30. Juli 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 616) . . . . . ." (der Rest bleibt unverändert).

Zu den §§ 6 bis 9

Diese Vorschriften wurden unverändert angenommen.

Zu den §§ 10 und 11

Diese Vorschriften enthalten die Berlin-Klausel und die Bestimmung über das Inkrafttreten des Gesetzes.

Bonn, den 24. Oktober 1960

Frau Dr. Schwarzhaupt
Berichterstatterin

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger
Bad Godesberg, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf — Drucksache 2052 — in der aus der anliegenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Bonn, den 24. Oktober 1960

Der Rechtsausschuß

Hoogen	**Frau Dr. Schwarzhaupt**
Vorsitzender	Berichterstatterin

Zusammenstellung

des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Vierten Gesetzes zur Aufhebung des Besatzungsrechts

— Drucksache 2052 —

mit den Beschlüssen des Rechtsausschusses (12. Ausschuß)

Entwurf	Beschlüsse des 12. Ausschusses
Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Aufhebung des Besatzungsrechts	**Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Aufhebung des Besatzungsrechts**
Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:	Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:
§ 1	§ 1
(1) Die von den Besatzungsbehörden erlassenen, in der Anlage 1 dieses Gesetzes aufgeführten Vorschriften werden aufgehoben.	unverändert
(2) Aus dem Verzeichnis zu Gesetz Nr. 63 der Alliierten Hohen Kommission vom 31. August 1951 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission S. 1107) werden gestrichen: Österreich, Portugal, Triest, Türkei.	
§ 2	§ 2
Die vom Kontrollrat erlassenen, in der Anlage 2 dieses Gesetzes aufgeführten Vorschriften verlieren im Geltungsbereich dieses Gesetzes ihre Wirksamkeit.	unverändert
§ 3	§ 3
Folgende von den Besatzungsbehörden erlassenen, nicht in den Amtsblättern der Besatzungsmächte veröffentlichte Vorschriften werden aufgehoben:	unverändert
1. Anordnung des Bipartite Control Office, Communications Group, vom 25. Mai 1948 betreffend Beförderung von Edelmetallen im Postverkehr nach Berlin;	
2. Vorschriften, die nach Artikel 12 Abs. 3 Satz 2 des Finanzvertrages in der Fassung der Bekanntmachung zum Protokoll vom 23. Oktober 1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland vom 30. März 1955 (Bundesgesetzbl. II S. 301, 381) und nach Absatz 5 Satz 3 des Schreibens des Bundeskanzlers an jeden der Drei Hohen Kommissare vom 23. Oktober 1954 betreffend Erleichterungen für Botschaften und Konsulate	

Entwurf	Beschlüsse des 12. Ausschusses
(Bundesgesetzbl. 1955 II S. 213, 247) aufrechtzuerhalten waren;	
3. Sozialversicherungs-Direktive Nr. 3 Ziff. 1, 2 und 5, Sozialversicherungs-Direktive Nr. 16 Ziff. 2, Sozialversicherungs-Direktive Nr. 20 Ziff. 1 bis 5, Sozialversicherungs-Direktive Nr. 23 Ziff. 3 Satz 2;	
4. Direktive der Alliierten Hohen Kommission vom 17. Oktober 1950 — AGSEC (5) 2308 — und Zusatzanordnung vom gleichen Tage über die Prüfung der Besatzungskosten und Auftragsausgaben durch den Bundesrechnungshof.	
§ 4	§ 4
Soweit die in den §§ 1 bis 3 bezeichneten Vorschriften vor Inkrafttreten dieses Gesetzes ganz oder teilweise ihre Gültigkeit verloren haben, hat es hierbei sein Bewenden.	unverändert
§ 5	§ 5
Die Vorschriften des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom *23. September 1958* (Bundesgesetzbl. I S. *672) sowie des Gesetzes über die Einführung des deutschen Rechts auf dem Gebiete der Steuern, Zölle und Finanzmonopole im Saarland vom 30. Juni 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 339),*	Die Vorschriften des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom **11. Oktober 1960** (Bundesgesetzbl. I S. **789),**
des Körperschaftsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. November 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 747),	des Körperschaftsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. November 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 747) **sowie des Steueränderungsgesetzes 1960 vom 30. Juli 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 616),**
des Vermögensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Juni 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 137) und des Gesetzes zur Änderung steuerrechtlicher Vorschriften vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 848, 858),	des Vermögensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Juni 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 137) und des Gesetzes zur Änderung steuerrechtlicher Vorschriften vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 848, 858),
des Erbschaftsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. April 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 187)	des Erbschaftsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. April 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 187)
und des Kraftfahrzeugsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 417) und des Dritten Gesetzes zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 23. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 540) sowie des Straßenbaufinanzierungsgesetzes vom 28. März 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 201)	und des Kraftfahrzeugsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 417) und des Dritten Gesetzes zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 23. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 540) sowie des Straßenbaufinanzierungsgesetzes vom 28. März 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 201)
bleiben durch § 1 Abs. 1 unberührt.	bleiben durch § 1 Abs. 1 unberührt.
§ 6	§ 6
Die durch Verordnung Nr. 163 der britischen Militärregierung und ihre Ergänzungen begründeten Rechte der Beamten der ehemaligen Zonenbehörden des britischen Kontrollgebiets bleiben unberührt.	unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 12. Ausschusses
§ 7	§ 7
(1) Die Genehmigung nach Artikel V des Gesetzes Nr. 45 des Kontrollrats ist für Rechtsgeschäfte, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes geschlossen worden sind, nicht mehr erforderlich; jedoch bleibt die Wirkung von Entscheidungen unberührt, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes unanfechtbar geworden sind.	unverändert
(2) Anhängige Verfahren, die eine Genehmigung nach Artikel V des Gesetzes Nr. 45 des Kontrollrats betreffen, sind einzustellen. Kosten des Genehmigungsverfahrens und Gerichtskosten bleiben außer Ansatz. Kosten der Beteiligten werden nicht erstattet.	
§ 8	§ 8
Wird in einem bei Inkrafttreten dieses Gesetzes anhängigen Rechtsstreit eine auf Grund der Verordnung Nr. 96 der britischen Militärregierung durchgeführte Maßnahme für nichtig oder unwirksam erklärt, so kann diese Maßnahme nachgeholt werden, wie sie in den aufgehobenen Gesetzen vorgesehen war.	unverändert
§ 9	§ 9
Die Vergütung für die bis zum 5. Mai 1955 an die ehemaligen Besatzungsmächte auf Anforderung erbrachten Leistungen wird weiterhin nach den bis zu diesem Zeitpunkt maßgebenden Grundlagen bemessen.	unverändert
§ 10	§ 10
Dieses Gesetz gilt nicht im Land Berlin.	unverändert
§ 11	§ 11
Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.	unverändert

Anlage 1
(zu § 1)

Beschlüsse des 12. Ausschusses

(Bei den mit *) bezeichneten Vorschriften ist an Stelle des fehlenden Ausfertigungsdatums der Tag des Inkrafttretens angegeben)

A

Alliierte Hohe Kommission (AHK)

		Amtsblatt der AHK für Deutschland Seite
Gesetz Nr. 5 vom 21. September 1949, soweit der Bund auf diesen Gebieten die Gesetzgebung hat	über die Presse, den Rundfunk, die Berichterstattung und die Unterhaltungsstätten	7
Gesetz Nr. 59 vom 26. Juli 1951 mit Ausnahme von Artikel 1 Abs. 2	Ergänzung des KR-Gesetzes Nr. 57 (Auflösung und Liquidierung von der Deutschen Arbeitsfront angeschlossenen Versicherungsgesellschaften) (Amtsblatt des Kontrollrats S. 289)	1017

B

Militärregierung Deutschland — Amerikanisches Kontrollgebiet (US-MR)

		Amtsblatt der MR Deutschland — Amerikanisches Kontrollgebiet — Heft	Seite
Gesetz Nr. 64 vom 20. Juni 1948 *)	Vorläufige Neuordnung der Steuergesetzgebung in der Fassung der Änderung Nr. 1 vom 20. August 1948 *)	K L	10 20
	und des AHK-Gesetzes Nr. A-20 vom 16. August 1951 Amtsblatt des AHK S. 1037		
	sowie der Bundesgesetze vom 30. Juli 1953 BGBl. I S. 708 und vom 6. Mai 1953 BGBl. I S. 169		

C

Hoher Kommissar der Vereinigten Staaten für Deutschland (US-HK)

		Amtsblatt der AHK für Deutschland Seite
I. Gesetze		
Gesetz Nr. 22 vom 11. Juli 1951	Rechte Dritter bei der Kraftfahrzeugpflichtversicherung	1020
	(berichtigt:	1115)
	in der Fassung des US-HK-Gesetzes Nr. 36 vom 25. Juni 1953	2518
Gesetz Nr. 36 vom 25. Juni 1953	Erste Änderung des Gesetzes Nr. 22 des US-HK	2518
II. Entscheidungen		
Entscheidung Nr. 2 vom 24. Juli 1953	Übertragung von Befugnissen nach Gesetz Nr. 59 der AHK	2637
Entscheidung Nr. 4 vom 13. April 1955	Übertragung von Befugnissen nach Gesetz Nr. 59 der AHK	3227

D

Militärregierung Deutschland — Britisches Kontrollgebiet (UKMR)

		Amtsblatt der MR Deutschland — Britisches Kontrollgebiet — Seite
I. Gesetz Nr. 64 vom 20. Juni 1948 *)	Vorläufige Neuordnung der Steuergesetzgebung	889
	in der Fassung der Änderung Nr. 1 vom 20. August 1948 *)	1000
	und des AHK Gesetzes Nr. A-20 vom 16. August 1951 Amtsblatt des AHK S. 1037	
	sowie der Bundesgesetze vom 30. Juli 1953 BGBl. I S. 708 und vom 6. Mai 1953 BGBl. I S. 169	
II. Verordnungen		
Artikel IV der Verordnung Nr. 84 vom 20. April 1947	Erbhöfe	500
Verordnung Nr. 96 vom 9. September 1947 *)	Gründung von Versicherungsgesellschaften zur Übernahme der Aktiven und Passiven der durch KR-Gesetz Nr. 57 aufgelösten Gesellschaften	570
	in der Fassung der Verordnung Nr. 182 vom 1. April 1949 *) (Verordnung Nr. 182 aufgehoben durch Verordnung Nr. 256 vom 26. Januar 1955. Amtsblatt der AHK S. 3213)	1082
Verordnung Nr. 163 vom 1. April 1948 *)	Übernahme der Zonenbeamten in die Landesverwaltungen	836
	in der Fassung der Verordnungen	
	Nr. 179 vom 1. April 1948 *)	1079
	Nr. 182 vom 1. April 1949 *) (Verordnung Nr. 182 aufgehoben durch Verordnung Nr. 256 vom 26. Januar 1955, Amtsblatt der AHK S. 3213)	1082
	Nr. 209 vom 15. Mai 1950 Amtsblatt der AHK S. 351,	
	der Anordnung Nr. 1 vom 1. Februar 1951 *) Amtsblatt der AHK S. 855,	
	der Anordnung Nr. 2 vom 15. August 1948 *) Amtsblatt der AHK S. 1040 und	
	der Anordnung Nr. 3 vom 22. Oktober 1951 Amtsblatt der AHK S. 1261	
Verordnung Nr. 179 vom 1. April 1948 *)	Änderung der Verordnung Nr. 163 der UKMR	1079
Verordnung Nr. 184 vom 23. April 1949 Anhang Teil B	Vorläufige Grenzberichtigungen	1083
III. Bekanntmachung		
vom 7. Januar 1949	Zuweisungen zufolge Auflösung der „Deutschen Sachversicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg" gemäß KR Gesetz Nr. 57	1168

E

Hoher Kommissar des Vereinigten Königreichs für Deutschland (UK-HK)

		Amtsblatt der AHK für Deutschland Seite
I. Verordnung Nr. 209 vom 15. Mai 1950 *)	Zweite Änderung der Verordnung Nr. 163 der UKMR	351
II. Anordnungen		
Anordnung Nr. 1 vom 1. Februar 1951 *)	Auf Grund der Verordnung Nr. 163 der Militärregierung (Übernahme der Zonenbeamten in die Landesverwaltungen)	855
Anordnung Nr. 2 vom 15. August 1948 *)	Auf Grund der Verordnung Nr. 163 der Militärregierung (Übernahme der Zonenbeamten in die Landesverwaltungen)	1040
Anordnung Nr. 3 vom 22. Oktober 1951	Auf Grund der Verordnung Nr. 163 der Militärregierung (Übernahme der Zonenbeamten in die Landesverwaltungen)	1261

F

Französisches Oberkommando in Deutschland (FCC)

		Amtsblatt des Französischen Oberkommandos in Deutschland Seite
I. Verordnungen		
Verordnung Nr. 29 vom 29. Dezember 1945	Anwendung im französischen Besatzungsgebiet der in Bern am 3. November 1945 getroffenen Abmachungen bezüglich des Grenzverkehrs zwischen der Schweiz und dem französischen Besatzungsgebiet	103
Verordnung Nr. 39 vom 27. April 1946 mit Ausnahme von Artikel 4	Provisorische Errichtung von Versicherungsanstalten im französischen Besatzungsgebiet	169
	in der Fassung der Verordnung Nr. 227 vom 9. August 1949	2103
Verordnung Nr. 75 vom 18. Dezember 1946	Personenverkehr zwischen dem Saarland und den anderen Ländern der französischen Besatzungszone	510
Verordnung Nr. 76 vom 18. Dezember 1946	Warenaustausch und Kapitalüberführung zwischen Saarland und dem deutschen Besatzungsgebiet	510
Verordnung Nr. 135 vom 1. Dezember 1947	Ermächtigung zur Aufhebung der Sperre über gewisse Vermögen, die unter das Gesetz Nr. 52 fallen	1260
	ergänzt durch Verfügung A. G. Nr. 259 vom 1. Dezember 1947	1260
Verordnung Nr. 150 vom 8. März 1948	Bestandsaufnahme der zwischen dem Saarland und den Rhein-Pfälzischen Staaten, Baden und Württemberg (französisches Besatzungsgebiet) bestehenden Forderungen und Schulden	1423
Artikel 1 Ziff. 1 der Verordnung Nr. 212 vom 23. April 1949	Grenzberichtigungen	1967
Artikel 10 der Verordnung Nr. 217 vom 3. Juni 1949	Übertragung von Vermögenswerten, die im französischen Besatzungsgebiet liegen und dem ehemaligen Deutschen Reich und den ehemaligen deutschen Ländern gehört haben	2043
Verordnung Nr. 227 vom 9. August 1949	Aufhebung der Verordnung Nr. 39 des FCC	2103

		Amtsblatt des Französischen Oberkommandos in Deutschland Seite
II. Verfügungen des Commandant en Chef		
Verfügung Nr. 64 vom 2. Juni 1948	Bestimmung des Verfahrens für die Aufhebung von Sicherungsmaßnahmen, die hinsichtlich von Vermögenswerten der Regierungen und Staatsangehörigen von Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland und der in diesen Ländern wohnhaften Personen in Durchführung des Gesetzes Nr. 52 betreffend Sperre und Kontrolle von Vermögen ergriffen worden sind	1493
III. Verfügungen des Administrateur Général		
Verfügung Nr. 191 vom 18. Dezember 1946	Personenverkehr zwischen dem Saarland und den anderen Ländern der französischen Besatzungszone	511
	in der Fassung der Verfügungen Nr. 199 vom 12. Februar 1947 und Nr. 207 vom 29. März 1947	573 650
Verfügung Nr. 199 vom 12. Februar 1947	Änderung der Verfügung Nr. 191	573
Verfügung Nr. 207 vom 29. März 1947	Änderung der Verfügung Nr. 199	650
Verfügung Nr. 209 vom 19. April 1947	Wechselseitiger Postverkehr zwischen dem Saarland und den übrigen Gebieten der französischen Besatzungszone	692
	in der Fassung der Verfügung Nr. 221 vom 21. Juni 1947	820
Verfügung Nr. 213 vom 6. Juni 1947	Zollkontrolle an den Grenzen des Saarlandes	767
	in der Fassung der Verfügung Nr. 242 vom 16. Juli 1947	1013
Verfügung Nr. 221 vom 21. Juni 1947	Regelung der Arbeitslöhne der Grenzgänger	820
Verfügung Nr. 242 vom 16. Juli 1947	Wiederherstellung eines normalen Personenverkehrs zwischen dem Saarland, Frankreich, Luxemburg und Deutschland	1013
Verfügung Nr. 259 vom 1. Dezember 1947	Ermächtigung zur Aufhebung der Sperre über gewisse Vermögen	1260

Anlage 2
(zu § 2)

Kontrollrat in Deutschland (KR)

		Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland Seite
I. Gesetze		
Gesetz Nr. 30 vom 20. Juni 1946	Zuckersteuer	161
Artikel V des Gesetzes Nr. 45 vom 20. Februar 1947	Aufhebung des Erbhofgesetzes und Einführung neuer Bestimmungen über land- und forstwirtschaftliche Grundstücke	256
Gesetz Nr. 57 vom 30. August 1947	Auflösung und Liquidierung von der Deutschen Arbeitsfront angeschlossenen Versicherungsgesellschaften	289